

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und
jährlich 16.50 (Postgebühren, wenn eigene Postamt befehligt). — Preis
des Einzelhefts 2.50 (inkl. Postgebühren). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postgebühren Hannover 97 377.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Bestand 30 Wg. Beilagen unter 25 a je tausend 15 Pf
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postgebühren
Hannover 97 377.

Nr. 18.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Mittwoch, den 22. Januar 1930.

12. Jahrgang.

Es ist eine eigene Sache im Leben, daß, wenn
man gar nicht an Glück oder Unglück denkt, sondern
nur an strenge, sich nicht schonende Pflichterfüllung,
das Glück sich von selbst, auch bei Entbehrung und
mühevoller Lebensweise einstellt. Humboldt.

Vor der Flottenkonferenz.

Der sonst recht optimistische Norman Angell sieht der
kommenden Flottenkonferenz in London doch ziemlich be-
denklich entgegen. Wohl meint er, daß durch die Regie-
rung der Labour Party im vergangenen Jahre Großes
erreicht sei. Er zählt auf: die Unterzeichnung der Schieds-
gerichtsklausel, die gewaltige Verbesserung in den Bezie-
hungen zu den Vereinigten Staaten, die Wiederherstel-
lung der diplomatischen Beziehungen zu Rußland, die
Verbesserung der Lage in Ägypten und in Indien, ein
Schritt vorwärts in der Festsetzung der Reparationen, die
Errichtung einer internationalen Bank, die Aufgabe der
Besetzung des Rheinlandes u. a. Als das Wichtigste er-
scheint ihm aber die geistige Veränderung, welche be-
züglich der Stellung zum Kriege im britischen Volke statt-
gefunden habe. Eine große Menge von Kriegsnovellen
und dergleichen ist auch drüben erschienen. (Dabei wird
erwähnt, daß von „Im Westen nichts Neues“ drüben
300 000 Exemplare abgesetzt seien und es in 20 Sprachen
übersetzt sei.) Diese Literatur steht aber fast ganz unter
dem Gesichtspunkt der Verurteilung des Krieges. Das
britische Publikum, so meint Norman Angell, hielte durch
den Kelloggspakt die Kriegssrage schon für im Grunde er-
ledigt. Hier steht nun sein erstes Bedenken ein. Der Kel-
loggspakt erlaubt schließlich den Verteidigungskrieg. Nun
sei die Schwierigkeit, daß im Falle eines Konfliktes jede
Nation glaube, im Recht zu sein und also nur einen Ver-
teidigungskrieg führen zu müssen. Norman Angell weiß
als Ausweg gegen diese Schwierigkeit nur das Schieds-
gericht des Völkerbundes zu nennen, denn nur eine dritte
unparteiische Instanz könne zwei Gegnern, die beide, vom
Nationalbewußtsein erfüllt, das Recht jedes auf der eigen-
en Seite fähen, den Weg der Gerechtigkeit zeigen. Nor-
man Angell überlegt hier, daß auch ein Schiedsgericht
schwerlich ganz unparteiisch sein kann, weil auch dies be-
einflußt ist von den politischen Interessen, die es mit
einem der Gegner verbindet. Soll hier wirklich geholfen
werden, so müßte eine Erneuerung der Völker von
innen heraus geschehen, für welche bis jetzt leider noch
keine Anzeichen vorhanden sind. Wie unsicher diese ganze
Hoffnung auf eine wirkliche Abrüstung, ja wohl gar auf
einen allgemeinen Völkerfrieden noch ist, zeigt nun am
deutlichsten, daß eben die kommende Flottenkonferenz
im Grunde noch gar nicht die Abrüstung als das eigen-
liche Ziel ins Auge faßt, sondern nur die Frage, wie stark
man zur See gerüstet sein müsse, um sich wirksam ver-
teidigen zu können. Gewiß, der Druck der gewaltigen
Ausgaben für die Marine lastet auf allen. Hoover berech-
net die Kosten für Amerika für das laufende Jahr mit
146 Millionen Pfund. Werde keine internationale Ver-
ständigung gefunden, so würde die Ausgabe 240 Millio-
nen Pfund (2 Milliarden und 400 Millionen Mark) betra-
gen, wobei die Ausgaben für die Unterhaltung des Meeres-
wesens noch nicht mitgerechnet sind. Deshalb eben soll nun
die Lösung sein, wir wollen uns soweit verständigen, daß
wir uns nur für Verteidigungszwecke rüsten. Es ist wohl
als sicher vorauszusetzen, daß es bei dieser Einstellung zu
einer erregten Diskussion kommen muß, was jedes Land
für seine Verteidigung glaubt nötig zu haben. N. A. hofft,
daß ein Vorschlag Groß-Britanniens, auf die Schlacht-
schiffe (Dreadnoughts) ganz zu verzichten, von vorn her-
ein Del auf die erregten Wellen der Erörterung gießen
würde. Immerhin kommt es bei ihm selbst heraus, daß
dieser Verzicht nicht nur den guten Willen verrät, zu einer
Abrüstung zu kommen. Er bringt das Urteil eines briti-
schen Admirals, wonach die Kolosse der Schlachtschiffe
überhaupt ihren Kampfeswert sehr wesentlich eingebüßt
haben. Sie sind sowohl von unten (U-Boote) wie von
oben (Flugzeug) durch ihre große Fläche leichter angreif-
bar als die kleineren und rascheren Kreuzer. Wenn Eng-
land also mit der Geste des Dranges die Schlacht-
schiffe zugleich eine große Kreuzerflotte (N. A. nennt 50
Kreuzer als das vorausgesetzte Minimum) fordert, so ist
nicht anzunehmen, daß sich davon die anderen Mächte so
imponieren lassen, daß sie nun auf ihre Forderungen und
wie von Frankreich und Italien verlangt wird, womög-
lich auf U-Boote ganz verzichten. N. A. schließt seinen
Artikel mit den Worten: „Wenn die großen Schlachtschiffe
von über 10 000 Tonnen nicht abgeschafft werden, so wird
die Konferenz überhaupt nicht irgendwelche wirklichen
Veränderungen der Marinemacht erreichen und vor der

Öffentlichkeit mit einem völligen Fehlschlag enden.“
Man sieht, wie alle Hoffnung auf den einen Punkt, Ab-
schaffung der Schlachtschiffe gesetzt wird, der doch in sich
selber gar nicht von solcher schwerwiegenden Bedeutung
ist. Der Ausblick ist also pessimistisch genug. Man fühlt
sich bei diesen Konferenzen manchmal versucht, das be-
kannte Wort: „Si vis pacem para bellum“ („Willst du
den Frieden, rüste den Krieg“) umzukehren, so daß es heißt:
„Si vis bellum, para pacem“ („Willst du den Krieg, so
rüste dich zum Frieden“), denn gar leicht werden die in-
nersten Gegensätze und selbstsüchtigen Interessen gerade
bei solchen Konferenzen offenbar, die nur in äußerlicher
Weise den Frieden vorbereiten wollen. Erst, wenn sich die
Völker der innersten Gründe des Krieges, nämlich ihrer
Herrschaft und Selbstsucht schämen und aus dieser Scham
heraus entscheidende Schritte tun, kann es zum Frieden
kommen. Immerhin ist der Spott darüber, wenn die
Londoner Konferenz resultatlos oder gar mit kriegeri-
scher Erregung endet, wenig angebracht. Dieser Streit
zwischen der Stimme des Gewissens, die auch unter den
Völkern laut wird und der eigenen Selbstsucht ist wie ein
Kampf, den man mit Schmerzen ansehen sollte. Und sie-
gen wir nicht alle in demselben Spital?

Es mag hier noch erwähnt werden, daß N. A., indem
er die Schrecken des Krieges beschreibt, einen Satz ge-
braucht, den wir doch Grund haben, uns näher anzu-
sehen. Er sagt, es hat niemals einen Seeräuber oder
einen Einbrecher gegeben, der mit solcher Rücksichtslosig-
keit Frauen, Kinder, hilflose alte Leute der Verstimme-
lung, dem Tode, dem Elend preisgegeben hat, wie sie ein
hochzivilisierter kriegsführender Staat anwandte, wenn er
Lufschiffe versenkte, wie es die Deutschen taten, Städte
mit Bomben bewirft, wie es alle Kriegsführenden taten,
die Waffen des Hungers und der Krankheit gebraucht,
wie es Großbritannien tat, nicht nur während des Krie-
ges, sondern auch in den traurigen Monaten, die darauf
folgten. Die Verferkung der Lusitania ist vielen unter
uns auch als Kriegsakt furchtbar gewesen. Aber dem
Satz N. A.'s könnte man doch entgegenstellen, es hat nie-
mals einen Seeräuber gegeben, der ein Schiff, das er an-
greifen wollte, vorher gebeten hat, sich dem Angriff zu
entziehen, wie das bei der Lusitania von Seiten der Deut-
schen der Fall gewesen ist. Und es hat keinen Seeräuber
gegeben, der seine Munition, wie das die Lusitania tat,
durch Frauen und Kinder zu schützen suchte. Hätte die
Lusitania diese Munition, durch deren Explosion das
Schiff schnell versank, nicht mit sich geführt, so hätten
die Passagiere leicht gerettet werden können. Die Ameri-
kaner selbst sehen diesen Fall heute sehr viel ruhiger an als
Norman Angell, der doch den Deutschen alle Gerechtig-
keit widerfahren lassen möchte. W—m.

Italien und die Seemächte- konferenz.

Die italienischen Blätter bringen in großer Aufma-
chung die folgende deutliche Rundgebung der Regierungs-
partei zur Londoner Konferenz:

Die Londoner Konferenz steht nahe bevor, ihr Pro-
gramm ist bekannt. Es handelt sich darum, zu einer Ver-
einbarung unter den größeren Seemächten der Welt —
England, Vereinigte Staaten, Japan, Frankreich, Italien
— zu kommen, mit dem Ziel, die Seerüstungen herab-
zusetzen oder wenigstens in Schranken zu halten. Daß
diese Vereinbarung erreicht werde, ist unser aufrichtiger
Wunsch, aber wir verhehlen uns nicht die großen Schwierig-
keiten, die zu überwinden sind. Eine von diesen
Schwierigkeiten — sie ist sogar grundlegend — liegt in der
Frage der Seeparität mit Frankreich. Darauf zu ver-
zichten ist eine absolute Unmöglichkeit. Ob die Parität
zustande komme auf höherem oder tieferem oder dem ge-
genwärtigen Niveau, darauf kommt es gar nicht an. Wes-
entlich ist, daß unser Anspruch auf Parität auch in dem
neuen Protokoll gewahrt bleibe, das die Arbeiten der
Londoner Konferenz wird abschließen müssen.

Uebrigens behauptet Italien nicht nur mit absoluter
Bestimmtheit sein Recht auf Parität mit Frankreich, son-
dern ideell erhebt es diesen Anspruch gegenüber den stärk-
sten Seemächten der Welt. Und nur wegen seiner be-
scheidenen wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten
verzichtet Italien darauf, sein Recht auf Seeparität mit
England durchzusetzen. Denn während England eine
Insel ist, der nach allen Seiten der Zugang zu den Meer-
en offen steht, ist Italien eine Halbinsel, die in einem
abgeschlossenen Meer, dessen Mörten im Besitz fremder
Staaten sind, gleichsam gefangen daliegt.

Italiens Lage im Mitteländischen Meere ist ernst, ja,
sogar tragisch. Das Leben einer Nation von 42 Millionen

ist abhängig von der Durchfahrt durch die nur wenige
Kilometer breite Meerenge von Gibraltar, die sogar von
unbedeutenden Kräften gesperrt werden kann; durch sie
hindurch geht Italiens Verbindung mit der westlichen
Welt. Für Frankreich ist das Mittelmeerproblem nur ein
solches der Sicherheit seiner Militärtransporte von far-
bigen Truppen nach der Landeshauptstadt hin. Für Ita-
lien ist es ein Problem, an dem Leben und Tod eines
ganzen Volkes hängt.

Frankreich kann freie Schifffahrt treiben in der Nord-
see, im Atlantischen Ozean und im Mittelmeer; Italien
nur im Mittelmeer. Mag sein, daß an dieser Spitze der
französisch-italienischen Parität das Schicksal der Lon-
doner Argonauten auf der Suche nach dem Frieden schei-
tert! Aber solche Eventualität in solcher Sache — läßt uns
vollkommen ruhig. b—n.

Der Kampf um die Landwirtschaft.

Wir haben im „Aufwärts“ vor einiger Zeit bereits
einen Überblick gegeben über die wirtschaftspolitischen
Verhandlungen des Reichstages in bezug auf die Forde-
rungen der Landwirtschaft. Das Ergebnis konnte leider
nicht als günstig bezeichnet werden.

Nunmehr geben wir eine Uebersicht über das Resultat
der kurz vor Weihnachten im Reichstage stattgefundenen
Agrardebatte mit einer Würdigung über die Auswirkung
der beschlossenen Bestimmungen.

Zweifelloso enthält die Zollvorlage in der endgültig
angenommenen Form eine Reihe wichtiger Hilfsmaßnah-
men und Verbesserungen, die die Landwirtschaft stets mit
Nachdruck gefordert hat. Besonders wichtig für die Ent-
lastung des Roggenmarktes und die notwendige Regu-
lierung der Schweineproduktion ist es, daß es gelungen
ist, eine allgemeine Erhöhung des Futtergerstenzolles auf
M 5.— durchzusetzen. Die ursprünglich geplante Differen-
zierung des Futtergerstenzolles in 5 und 2 Mark je Dop-
pelzentner und die Verbindung des ermäßigten Futter-
gerstenzolles mit den Maßnahmen zur Verbilligung des
Futterroggens ist gemäß den Forderungen der Grünen
Front beseitigt worden. Die Maßnahmen zur Verbilli-
gung des Futtergerstenzolles durchgeführt werden. Ge-
wisß gilt die Regelung des Futtergerstenzolles zunächst
nur für ein Jahr. Damit ist aber wenigstens den dring-
lichsten Augenblicksnotwendigkeiten Rechnung getragen.
Wichtig ist es auch, daß es gelungen ist, die ursprünglich
von der Reichsregierung geplanten Gleitzölle durch feste
Zölle mit einer dem Konsumumenteninteresse Rech-
nung tragenden Preisregulierungsklausel zu er-
setzen. Bei der gegenwärtigen Marktlage
wird danach die deutsche Landwirtschaft zwei-
fellos für absehbare Zeit den Schutz der Höchstzölle
von 9 Mark für Roggen und Vraugerste, von 9,50 Mark
für Weizen und 8 Mark für Hafer genießen. Von der
Handhabung des Gesetzes wird es abhängen, ob die Ge-
fahren einer Preisbildung nach politischen Gesichtspunk-
ten, die unzweifelhaft mit der Einschaltung
des sogenannten Sicherheitsfaktors verbunden sind,
in Zukunft vermieden werden. Man darf
aber wohl die Hoffnung aussprechen, daß
die in der Grünen Front zusammengeschlossenen land-
wirtschaftlichen Organisationen auf etwa drohende Gefah-
ren rechtzeitig aufmerksam machen und so eine Kontrolle
ausüben werden, die zwar formal juristisch gesehen, durch
das neue Zollgesetz nicht gegeben ist, deren Einfluß sich
aber kein Reichsernährungsminister, der es aufrichtig mit
der Landwirtschaft meint, entziehen kann.

In jeder Beziehung unbefriedigend ist die Wertbestim-
mung der Einfuhrscheine ausgefallen. Ihre ungenügende
Höhe schädigt die deutsche Exportfähigkeit. Bei norma-
lem Ernteausschlag muß die Bemessung des Einfuhrscheines
für Roggen auf nur 6 Mark, die Auswirkung des Rog-
genzolles für die Roggenexportgebiete, also vornehmlich
Nordostdeutschland, stark einschränken. Es wird eine der
dringendsten Aufgaben der nächsten Zeit sein, diesen
Mangel des Einfuhrscheinsystems zu beseitigen. Ein we-
terer wesentlicher Mangel ist die zu niedrige Bemessung
des Weizenzolles. Gegenüber der Forderung der Landwirt-
schaft nach einem Weizen Zoll von 20,50 Mark und dem ur-
sprünglichen Vorschlag der Reichsregierung von 18 Mark
ist nur ein Zollfuß von 18,50 Mark durchgesetzt worden.
Seit der Erhöhung der Mühlenzollspanne im deutsch-
französischen Handelsvertrage 1927 ist die überflüssige
Mehleinfuhr in der notwendigen Weise gebremst wor-
den. Es ist daher für die Zukunft notwendig, die alte
Mühlenzollspanne wiederherzustellen.

Die Auswirkung der Zölle kann wesentlich unter-
stützt und gefördert werden durch richtige Handhabung

des Vermählungszwanges. Hier ist es den Bemühungen der Landwirtschaft bereits gelungen, im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages Ende November die Verlängerung der erhöhten Vermählungsquote von 50 vom Hundert bis Februar einschließlich durchzusetzen.

Auf dem Gebiete der Rindviehzucht folgt das neue Zollgesetz ebenso wie bereits die ursprüngliche Regierungsvorlage den Forderungen der Grünen Front durch Erhöhung des Fleischzolles von 37,50 Mark und des Lebendviehzolles von 16 auf 24,50 Mark. Zur Behebung der Depression auf den Rindermärkten langt diese Maßnahme allein jedoch nicht aus, da sie bei der besonderen Lage der Viehwirtschaft in Dänemark nicht geeignet ist, die überflüssige, den deutschen Markt bedrückende Konkurrenz der dänischen Rinder auszuschalten. Es ist daher erforderlich, endlich die Gefrierfleischfrage entsprechend den Forderungen der Landwirtschaft, gegebenenfalls in Verbindung mit einer kontingentmäßigen Festlegung der Lebendviehfürhr, zu regeln. Ebenso gibt die Vereinheitlichung der Bestimmungen über die Seegrenzschlachthöfe, die bereits im Juni 1929 durchgesetzt worden ist, dem Reichsernährungsminister bisher noch unausgeschöpfte Möglichkeiten in die Hand zur Besserung der Marktverhältnisse für die deutsche Rindviehwirtschaft. Leider ist die Einbeziehung von Rindern und Rindfleisch in das Einfuhrschuttsystem nicht erreicht worden, obwohl Österreich zum Beispiel gerade im Begriffe steht, diese Maßnahme für die österreichische Landwirtschaft zu treffen.

An Stelle des gegenwärtig bestehenden Schweinezolls von 16 Mark und Schweinefleischzolls von 32 Mark ist durch das neue Zollgesetz ein Gleitzollsystem mit Zollsätzen von 9, 18 und 27 Mark festgelegt worden, während die Landwirtschaft, die an und für sich bereit war, bei Schweinen sich mit Gleitzöllen abzufinden, eine Skala von 9, 25 und 54 Mark forderte, wobei die Landwirtschaft zugleich die Heraushebung der Katastrophenpreisgrenze, bei der der nächste Zollsatz in Kraft treten soll, von 70 auf 75 Mark forderte.

Der sogenannte Katastrophenzoll von 27 Mark bei Schweinepreisen unter 70 Mark ist völlig unzureichend. Polen zum Beispiel würde trotz der erhöhten Zölle gegenüber der heimischen Landwirtschaft bei Schweinen einen Produktionskostenvorsprung von etwa 20 Mark je Doppelzentner genießen. Wertvoll ist hingegen die auch von der Landwirtschaft geforderte Anpassung der Einfuhrschemata an die erhöhten Zollsätze.

Eine weitere empfindliche Lücke in dem Zollgesetz ist die Verbeibehaltung der außergewöhnlich niedrigen Zwischenzölle für Speck und Schmalz, die bei der völligen Strukturveränderung des Fettmarktes in den letzten Jahren völlig ungerechtfertigt ist.

Zusammenfassend darf ausgesprochen werden, daß das neue Zollgesetz eine weitere wichtige Etappe auf dem Wege zur Beseitigung der Verlustwirtschaft in der Landwirtschaft darstellt. Zweifellos sind noch zahlreiche Schutzmaßnahmen notwendig, die das neue Zollgesetz außer acht läßt, so für den Zuckerrüben, den Obst-, Gemüse-, Tabak-, Hopfen- und Weinbau, sowie die Geflügel- und Pferdezüchtung. Aber der unzweifelhaft errungene Erfolg sollte um so weniger verkantet werden, als er unter den schwierigsten Umständen errungen worden ist. Die Sozialdemokratie hat sich, getrieben von dem Wunsche, die gegenwärtige Regierungskoalition, die von einer Krisis in die andere taumelt, möglichst zu festigen, zu Zollmaßnahmen bereit erklärt, die vor wenigen Wochen jeder für undenkbar gehalten hätte. Ohne den starken Druck, den die Tatsache der Grünen Front für die Regierungskoalition bedeutete, wäre dieses Entgegenkommen undenkbar gewesen.

Gastwirte und Alkoholsteuern.

Die bevorstehende Erhöhung der Bier- und Tabaksteuern hat die gesamten Gastwirte in Erregung versetzt. Die Gastwirte betonen, daß sie schon eine Reihe von Sondersteuern trügen und nun auch noch diese Sondersteuer tragen müßten. Die erste Behauptung ist zum Teil richtig. So wirken sich die sehr hohen Elektrizitätspreise

für viele Berufe, so auch für die Gastwirte als Sondersteuer aus. Die Gemeinden nehmen heute für den elektrischen Strom Preise, die weit über dem Bestehungspreise liegen und ihn oft um das Doppelte übertreffen. Die starken Verbraucher, darunter die Gastwirte, werden davon in erster Linie betroffen.

Mit der Biersteuer ist es jedoch etwas anderes. Die Biersteuer wird zunächst vom Publikum getragen, nicht von den Wirten. Die Wirte haben nur insofern vielleicht einen Verlust, als bei Erhöhung der Bierpreise zunächst der Konsum an Bier zurückgeht. Dieser Verlust wird aber zum Teil durch den steigenden Bedarf nach anderen Getränken ausgeglichen, zum Teil wird er auch dadurch aufgehoben, daß bei der Verteuerung des Bieres durch die Steuer auch der Gewinnanteil für Brauereien und Wirte etwas steigt, da die Gewinne prozentual von den Gesamtkosten gerechnet werden. Sollte wirklich ein vorübergehender Nachschub in den Einnahmen eintreten, so wird er durch eine Reihe anderer Umstände wieder aufgehoben. Zunächst steigt die Volkszahl Deutschlands immer weiter an, 1924 62,107; 1926 62,852; 1928 63,603 Millionen, so daß auch der Kundenkreis einer einmal bestehenden Gastwirtschaft dadurch wächst. Ferner ist der Bierverbrauch dauernd im Steigen. 1920 37,8; 1922 51,2; 1924 60,7; 1926 76,3; 1928 85,7 Liter pro Kopf. Diese steigende Tendenz wird wohl durch die Steuer gemildert, aber es ist gar nicht gesagt, daß ein Sinken des Verbrauchs eintreten wird. Dazu ist die Steuer viel zu gering. Tritt wirklich ein Sinken des Verbrauches ein, so ist es nur einmalig, während die steigende Tendenz leider dauernd ist. Die Gastwirte haben also nicht den leisesten Grund, über die neue Steuer zu klagen. Sie hätten selbst dann keinen Grund, wenn durch die Besteuerung wirklich der Verbrauch an Alkohol dauernd sinke, wie oben ausgeführt.

Eine solche weitere Erhöhung der Steuer ist aber unbedingt mit Rücksicht auf unsere außenpolitische Lage nötig.

Bei den Verhandlungen um Revision des Dawesplanes ist dauernd von unserer Verarmung die Rede gewesen. Mit dieser Behauptung vertritt es sich aber nicht, daß unser Verbrauch an Bier dauernd steigt und der Verbrauch an Sekt höher als in der Vorkriegszeit liegt. 1913 0,19; 1928 0,23 ganze Flaschen pro Kopf. Wahrscheinlich wären unsere Verhandlungen in Paris ausfallsreicher gewesen, wenn wir nicht mit einer solchen Belastung dorthin gegangen wären.

E. Wienbrener.

Das Haager Vertragswerk.

— Berlin, 21. Januar.

Reichsaußenminister Dr. Curtius, der mit der deutschen Delegation am Montagabend Holland verlassen hat, wird noch im Laufe des heutigen Dienstags dem Reichspräsidenten Vortrag halten und im Anschluß daran am Mittwoch im Kabinett Bericht erstatten. Hinsichtlich der Einberufung des Auswärtigen Ausschusses ist eine Entscheidung erst nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages zu erwarten.

Die Ergebnisse der Haager Konferenzen werden in den nächsten Wochen in allen Ländern den Gegenstand eingehender Diskussionen bilden. Schon jetzt ist das Haager Vertragswerk äußerst umfangreich, es enthält das Schlupprotokoll der zweiten Haager Konferenz, das am Montag unterzeichnet wurde, die diesem Protokoll beigegebenen zwölf Anlagen und eine Unmenge von Einzelabkommen. Hinzu kommen noch die Gesetze zur Ausführung der Haager Vereinbarungen, deren Ausarbeitung sofort im Kabinett beginnen wird.

Als wichtigste Ergebnisse der Schlupkonferenz und der vorausgegangenen Tagungen sind zu nennen: die Ersetzung des Dawesplans durch den Youngplan, die Aufhebung der Daweskontrollen und die Errichtung einer Reparationsbank, die Sicherstellung der Räumung des Rheinlandes bis zum 30. Juni 1930, die Regelung der Frage des noch nicht zwangsverkauften, im Kriege beschlagnahmten deutschen Privateigentums, der Sanktions-Notenwechsel über unmögliche Fälle und die Auslegung einer deutsch-französischen Gemeinschaftsanleihe.

Außer einer Mitgliederversammlung wurden hier öffentliche Vorträge gehalten von Pastor Mummiken aus Hamburg über „Die Herrlichkeit des Wortes Gottes“ und von Professor Dr. Wilms aus Hamburg über „Christus im Alten Testament“.

Die Zeitschrift „Nach dem Gesetz und Zeugnis“ erhielt mit dem neuen Jahrgang (April 29) neben dem Hauptherausgeber in Pastor E. Möller einen Mitherausgeber. Bisher erschienen 10 Hefte mit 416 Seiten, so daß der ganze Jahrgang wohl wieder gegen 500 Seiten erhalten wird (im Jahr zuvor 516 Seiten). Der jährliche Mitgliedsbeitrag ist noch immer auf dem kaum mehr zu rechtfertigenden niedrigen Preis von 4,00 Mark belassen. Der neue Jahrgang enthält Gedichte (z. B. von M. v. Stein, Holzhey, Philippi), Andachten (z. B. von P. Paulsen-Neukirchen, F. L.), Predigten (z. B. von Professor D. Gashagen), Winke für Bibelleser, biblische Fragen, Sprechsaal (darunter verschiedene Äußerungen über das Gleichnis vom Unkraut unter dem Weizen von P. Ruge, Dr. Wolters, Superintendent Rohnert, den Herausgebern), Buchbesprechungen, Nachrichten aus dem Bibelfunde, Bilder jüngst verstorbenen Mitglieder (P. v. Gerlach, P. Lehfeldt, Professor D. Heinrich Laible), Besprechungen, eine Rubrik „Aus der Zeit für die Zeit“.

Aus den mancherlei Abhandlungen seien folgende größere herausgehoben: Prof. D. Gashagen: „Kirche und Kunst“, P. Selmeke: „Gebet ihr auch in den Weinberg“ und „Die fünf Bücher Mose“, P. E. Dr. Burgdorf: „Die Botschaft Karl Barths und das biblische Christentum“, Generalsuperintendent Dr. D. Braune-Rudolstadt: „Wileam“, P. Krausnick-Warburg (Wohn): „Die heilige Schrift — das wahrhaftige Gotteswort“, P. M. Müller-

Die Licht- und Schattenseiten aller dieser Vereinbarungen kann man natürlich unmittelbar im Rahmen eines Artikels darstellen. Die Ersetzung des Dawesplanes durch den Youngplan z. B. bringt uns eine nicht unerhebliche Lastenverminderung, wie hoch man aber diese Lastenverminderung zu veranschlagen hat, darüber gehen die Ansichten etwas weit auseinander. Einige sind mir uns nur darüber, daß auch der Youngplan dem deutschen Volke Lasten auf die Schultern legt, die uns schwer erdrücken.

Unstritten ist auch der praktische und politische Wert des Sanktions-Notenwechsels; unbefriedigend sind ferner die Liquidationsabkommen. Die deutsche Delegation hat gewiß herauszuholen versucht, was herauszuholen war, aber es bleibt doch die Tatsache, daß England in dieser Frage auf einem Standpunkt verharrt, der, unbeschadet einiger Konzessionen, einer Verleugnung der Grundgesetze der bürgerlichen Wirtschaftsordnung gleichkommt. Einen nationalen Erfolg können wir darin erblicken, daß endlich das besetzte Gebiet im Westen von fremder Heeresmacht frei wird! Nicht ungünstig geregelt ist schließlich auch die Reparationsanleihe, ist es doch das erste Mal in der Nachkriegszeit, daß Deutschland zu den gleichen Bedingungen von Amerika Geld erhält wie Frankreich.

Doch das sind alles nur kurze Stichworte. Zu einer eingehenden Würdigung und Kritik der Verhandlungsergebnisse wird noch Gelegenheit genug gegeben, wenn der Youngplan im Reichstag zur Debatte steht. Was die politischen Folgen betrifft, gewinnt die deutsche Außenpolitik mit der Ausarbeitung der Reparationsfrage etwas größere Bewegungsfreiheit, die hoffen sich dazu führt, daß nun auch die Lösung der Fragen vorbereitet wird, die auch nach dem Haag die Freiheit unseres Vaterlandes beeinträchtigen. Wir denken dabei an das Unrecht der verschiedenen Flüchtigkeitsrechte, an die Bergveräußerung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und an die mannigfachen Fragen des nahen Ostens.

Welche Folgen die Haager Verhandlungen für die deutsche Innenpolitik haben werden, ist erst abzuschätzen, wenn die Fraktionsbeschlüsse vorliegen. Es handelt sich hierbei aber nicht nur um das eigentliche Haager Vertragswerk, sondern zur Debatte stehen auch die Haager Zwischenfälle, so z. B. das Vorgehen des Reichspräsidenten. Von sozialdemokratischer Seite sind bekanntlich in den letzten Tagen verschiedentlich heftige Angriffe gegen Schacht gerichtet worden.

Alles in allem wird es also in den nächsten Wochen auf politischem Gebiet sehr lebhaft in Deutschland zugehen. Da es aber auch jetzt schon „politisch“ reichlich unruhig ist — wir verweisen auf die vielen „politischen“ Unruhen und auf die Zusammenstöße bei Demonstrationen — wäre zu wünschen, daß sich alle Parteien ihrer Verantwortung bewußt sind. Die Energie des geistigen Kampfes braucht dadurch nicht abgeschwächt zu werden.

Die Regelung der Frage der Ostreparationen, die im Haag noch in letzter Minute zustande gekommen ist, ist für Deutschland im wesentlichen ohne direkte Bedeutung.

Unterzeichnung im Haag.

Auch die Reparationen geregelt. — Ratifizierung noch im Februar?

— Haag, 21. Januar.

Die zweite Haager Konferenz, die am 6. Januar eröffnet worden war, hat gestern ihre Arbeiten beendet. In der Schlupkonferenz der Konferenz war der Vorsitzende, der belgische Ministerpräsident Jaxaer, bemüht, die Ergebnisse der 14tägigen Arbeiten darzulegen. Den Schluß der Sitzung bildete der formelle Unterzeichnungsakt, der längere Zeit in Anspruch nahm. Im Anschluß daran trat die deutsche Delegation die Rückreise nach Berlin an.

Verhandelt worden ist im Haag bis kurz vor der letzten Sitzung. Genutzt hat das insofern, als es nun auch über die Frage der Ostreparationen zu einer Einigung gekommen ist. Sie besteht darin, daß auch Deutsch-Oesterreich und Ungarn ihre Finanzhaushalte zurechtzubringen. Wie vorausgesehen war, braucht Deutsch-Oesterreich auch in Zukunft keine Reparationen zu zahlen, damit nicht sein eigenstaatliches Dasein, das den Bestimmungen im Wert ist, ein Ende nimmt.

Anheim b. Laues: „Die Frage der Möglichkeit einer Bekämpfung und Vervollkommen nach dem Tode im Lichte der Heiligen Schrift“, P. Diedmann: „Die Versuchungsgeschichte Jesu Christi“, Prof. Dr. Wilms: „Unser Bekenntnis und seine Totengräber“, P. Reijnders (Witbe-nov): „Die Position unseres Herrn Jesu Christi“ reicht in diesem Jahrgang von der Einführung des heiligen Abendmahles bis jetzt bis zur Kreuzigung. Von P. E. Möller wurden außer dem oben genannten Vortrag über Amos abgedruckt: 1. „Das Buch von Mikhael“, die letzten Dinge und seine Stellung zur heiligen Schrift“ und 2. „Das Verhältnis der Zeitgeschichte zur Profangeschichte“ (wird mit Schluß des Jahrgangs beendet sein). „Das Heiligtum Salomo“ von Prof. Endemann kam im laufenden Jahr zum Abschluß. Von ihm wie vom „Jakobusbrief“ desselben Verfassers sind Sonderdrucke in Aussicht genommen, die bis zum 15. Oktober zum Vorzugspreis von je 1,00 Mark bestellt werden können gegen 1,50 Mark nachher.

Das biblische Schauspiel „Gideon“ von unserm Mitglied stud. theol. Grete Möller wurde am 3. März in der Gemeinde Halle-Süd vor etwa 500 Zuschauern aufgeführt.

Auf der Mitgliederversammlung in Fürstentum wurde endlich die Anlegung eines „Liebesgaben-Werbesfonds“ beschlossen, der die Möglichkeit geben soll, den jungen Studenten der Theologie und des Lehramts, Bibliotheken, Predigerseminaren unsere wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die für das unverkürzte Gotteswort der Bibel eintreten, unentgeltlich zugänglich zu machen. Der Beitritt zum Bibelfund und seine Unterstützung sei allen denen empfohlen, die die Bibelnot, auch besonders an den Universitäten mitempfinden. Gott wolle seine Arbeit segnen!

was weniger ist, kann das mächtiger sein.

ling

Die ungari-gendes vor: 11.13.5 Millionen die ungari-mert, der von-887 W (Bank für int-gutgeschrieben-mand. Weiter-Beirage von-schädigung der-der kleinen G-Millionen Kol-rischen Zahlen-von den Gläu-keinen Enten-im Trianon-B-gerichtshöfe m-

Wie verla-

Großmächte im-aung der Haas-im Laufe des-also, daß der-in Kraft gefe-müßten die P-Vertragsverhö-11. auferord-

Der

Die feierliche

Die Unte-ging unter g-nenhof hatte-mährend der-ferenz hollän-Uhr füllte f-Abgeordneten-auf der erste-grünem Tuch-Eisch der Be-bekannte Re-Bethlen sind-nung war vol-

Präsident-Blaz genom-gliche Außen-Snowden. A-nung mit den-

eröffnete die-alkes der zwe-geinen Abkom-und eine gef-kommen des-forderte der-kommen zu u-vor, die von-müßten.

Vor dem-sche Delegier-die Adhesio-dem Versaill-portugiesi-bereits in de-aufrechterhalt-

Alsdann-klar unterge-Führer der-Reihenfolge i-Vertragswerk-Abkommen, d-die Gläubige-schlossen hab-die einzelner-tionen der J-werige und-der Präbiden-tragswert bi-Abordnun-gen eine Danica-Berlesung.

Eröffnun-

Antikeit ü-

Am heu-britischen Eb-nahden die-präsidenten-Eröffnungen-Rundfunk ver-

Die erste-wartete, war-Flottenkonfer-sie in ihren-Eschlag der-de die Erledigun-im Sinne der-und dann b-seienz in Kon-ergab sich al-Macdonald, d-gang der Kon-leber D-verbereitet si-„Daily Telegr-Hiel vor, den-abgelehnten-für den Ver-

tiefer Berlin... im Rahmen... des Dames... eine nicht... man aber... hat, darüber... ander. Einig... ungsplan dem... legt, die uns... und politische... bedingend sind... deutsche Dele... was heraus... che, daß Eng... ist verbarrie... der Verleug... Wirtschaftssord... erfolg können... Gebiet im... wird! Nicht... Reparations... nachkriegszeit... von Ame...

was weniger günstig, aber immer noch günstig, ist Ungarn davon gekommen, das sich der Unterstützung mächtiger Freunde — Mussolini — erfreute.

Ungarns Tributzahlungen.

Die Regelung der ungarischen Tribute steht fest: Ungarn zahlt bis zum Jahre 1943 jährlich zehn Millionen Goldkronen und von 1943 bis 1966 13,5 Millionen Goldkronen jährlich. 1966 erlischt die ungarische Tributschuld. Der Gegenwärtswert, der von 1943 bis 1966 zu zahlenden Beträge in Höhe von 87 Millionen Goldkronen wird von der B.R.G. (Bank für internationalen Zahlungsausgleich) sofort gutgeschrieben und für Entschädigungszahlungen verwendet. Weiter werden zwei Fonds geschaffen: a) im Betrage von 240 Millionen Goldkronen für die Entschädigung der Enteignungen aus den Agrarreformen der kleinen Ententestaaten; b) ein Fonds von 100 Millionen Goldkronen für die gesamten übrigen ungarischen Zahlungen. Beide Fonds werden ausschließlich von den Gläubigermächten aufgebracht. Die von der kleinen Entente bisher bestrittene Zuständigkeit der im Trianon-Vertrag geschaffenen gemischten Schiedsgerichtshöfe wird voll anerkannt.

Wie verlautet, haben die am Hounghplan beteiligten Großmächte im Haag noch vereinbart, daß die Befestigung der Haager Abmachungen durch die Regierungen im Laufe des Februar erfolgen muß. Das bedeutet also, daß der „neue Plan“ mit seinen Entzügen rasch in Kraft gesetzt werden soll. Unter diesen Umständen müßten die Parlamente also, wenn die Befestigung des Vertragswerks tatsächlich noch im Februar erfolgen soll, außerordentlich rasche Arbeit leisten.

Der Schlusssatz im Haag.

Die feierliche Unterzeichnung. — Schlusssatz des Präsidenten Japfar.

— Haag, 20. Januar.

Die Unterzeichnung des Haager Vertragswerkes ging unter großen Feierlichkeiten vor sich. Im Vinsenhof hatte eine Militärfahle Platz genommen, die während der Schlusssitzung der zweiten Haager Konferenz holländische Choräle spielte. Kurz vor 1/6 Uhr füllte sich der große Saal des niederländischen Abgeordnetenhauses. Die Abordnungen nahmen wie auf der ersten Konferenz an dem viereckigen, mit grünem Tuch ausgeschlagenen Tisch Platz. An dem Tisch der Vertreter der Mächte fehlten jedoch viele bekannte Persönlichkeiten, Farbleu, Briand, Graf Bethlen sind bereits abgereist. Die deutsche Abordnung war vollständig anwesend.

Präsident Japfar hatte in der Mitte des Tisches Platz genommen. Zu seiner Rechten saßen der belgische Außenminister Hymans, dann Chéron und Snowdon. Auf der linken Seite die deutsche Abordnung mit den vier Reichsministern.

Präsident Japfar

eröffnete die Sitzung mit der Verlesung des Schlusssatzes der zweiten Haager Konferenz, in dem die einzelnen Abkommen der Reihe nach aufgezählt werden und eine geschäftliche Uebersicht über das Zustandekommen des Haager Werkes gegeben wird. Darauf forderte der Präsident die Delegierten auf, die Dokumente zu unterzeichnen. Es lagen 14 Dokumente vor, die von 17 Abordnungen unterzeichnet werden mußten.

Vor dem Unterzeichnungssatz gab der tschechische Delegierte eine Erklärung zu Protokoll, nach der die Tschechoslowakei auf die Liquidationsrechte nach dem Versailler Vertrag nicht verzichten könne. Der portugiesische Delegierte erklärte seinerseits, die bereits in den Verhandlungen gemachten Vorbehalte aufrechterhalten zu müssen.

Die Unterzeichnung.

Alsdann begann der Unterzeichnungssatz, und zwar unterzeichnete Reichsminister Dr. Curtius als Führer der deutschen Delegation der alphabetischen Reihenfolge nach (Belgien) als erster das gesamte Vertragswerk. Insgesamt handelte es sich um 14 Abkommen, die die Gläubigermächte unter sich sowie die Gläubigerstaaten mit den Schuldnerstaaten abgeschlossen haben. Die Unterzeichnung erfolgte, indem die einzelnen Dokumente den Führern der Delegationen der Reihe nach vorgelegt wurden, eine langwierige und mühsame Arbeit. Um 1/7 Uhr stellte der Präsident fest, daß sämtliche, das Haager Vertragswerk bildenden Abkommen vollständig von allen Abordnungen unterzeichnet seien und brachte sodann eine Dankadresse an die Königin von Holland zur Verlesung.

Eröffnung der Flottenkonferenz.

Unklarheit über den Arbeitsgang. — Kanal-Verarm und Atlantik-Pakt?

— London, 21. Januar.

Am heutigen Dienstag wird im Cateriesaal des britischen Oberhauses die Flottenkonferenz eröffnet, nachdem die Delegierten gestern Mitternacht des Ministerpräsidenten Macdonald und des Königs waren. Die Eröffnungsansprachen werden durch den britischen Rundfunk verbreitet.

Die erste Ueberraschung, mit der die Konferenz aufwartete, war die Unklarheit über das Programm der Flottenkonferenz. Alle Delegationen nahmen an, daß sie in ihren Quartieren eine Denz list der einen Vorschlag der beabsichtigten englischen Regierung über die Erledigung der Konferenzarbeiten, und zwar einmal im Sinne der Reihenfolge der zu behandelnden Fragen und dann bezüglich einer Untergliederung der Konferenz in Kommissionen vorfinden werden. Statt dessen ergab sich aber sehr bald in den Unterredungen mit Macdonald, daß von einer Klarheit über den Arbeitsgang der Konferenz nicht gesprochen werden kann.

Ueber die Absichten der französischen Delegation verbreitet sich der diplomatische Verkehrslatter des „Daily Telegraph“. Danach schreibt der Franzose als Ziel vor, den von ihnen gewünschten und von England abgelehnten Mittelmeerpakt durch einen Locarnopakt für den Kermellkanal oder einen Atlantikpakt zu er-

taufen. Wäre zwei Vorschläge hofften sie, Englands Widerstand überwinden und schließlich sogar die Zuziehung der Vereinigten Staaten erlangen zu können:

1. Ausdehnung der 1925 von Lord Rothermere vorgebrachten Idee eines Kanal-Verarm auf ein Gerüchman-Abkommen für den Nordatlantik, das den Kermellkanal mit umfassen und dem Vorbild des Pazifik-Abkommens vom Jahre 1921 folgen würde. 2. Gegenseitige Verpflichtung Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens, die Unverletzlichkeit des englischen Kanals anzuerkennen.

Auf das Bekanntwerden dieser angeblichen Absichten Frankreichs sind wohl auch die Gerüchte über eine geplante

Zuziehung Deutschlands zu der Londoner Konferenz zurückzuführen. Selbstverständlich entbehren diese Gerüchte jeder Grundlage; von deutscher Seite sind jedenfalls nach dieser Richtung hin keine Schritte unternommen worden. Das besagt natürlich nicht, daß die Flottenkonferenz für Deutschland ohne Bedeutung ist. Das Gegenteil ist richtig, und so werden denn auch die Verhandlungen in London, in deren Verlaufe auch über die neuen deutschen Panzerkreuzer gesprochen werden dürfte, von Deutschland aufmerksam verfolgt werden müssen. Sind inzwischen doch auch von englischer Seite die deutschen Kreuzer immer stärker in den Vordergrund gerückt worden, wenn auch nur in dem Sinne einer Beweisführung dafür, daß die Fortschritte der Technik sehr wohl eine Verkleinerung der Riesenschlachtschiffe auf ein Mindestmaß von 20 000 Tonnen oder weniger ermöglichen.

Geringer Ausfuhrüberschuß 1929

In Höhe von 17,6 Millionen Mark. — Unter Einrechnung der Seefischlieferungen.

— Berlin, 21. Januar.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht heute die Ergebnisse des deutschen Außenhandels im letzten Monat des alten Jahres.

Gegenüber dem Vormonat ist die Ausfuhr im Dezember um 90,6 Millionen auf 1063 Millionen Mark zurückgegangen, die Einfuhr um 147,9 auf 1013,1 Millionen Mark. Einschließlich der Reparationsfachlieferungen in Höhe von 57,8 Millionen Mark beträgt der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr im Dezember 55,9 Millionen Mark.

Der Rückgang der Ausfuhr ist ganz überwiegend die Folge eines verminderten Auslandsabfahs von Fertigwaren; für den Rückgang der Einfuhr ist die Drosselung des Bezugs an Rohstoffen und halbfertigen Waren ausschlaggebend, so daß sich also die schlechte Beschäftigung der deutschen Wirtschaft auch im Außenhandel ausdrückt. Je geringer natürlich die Wirtschaftstätigkeit ist, desto geringer ist auch der Bedarf an Rohstoffen.

Mit der Dezember-Statistik liegen nunmehr auch die Gesamtergebnisse des deutschen Außenhandels im Jahre 1929 vor. Die Gesamtausfuhr des Jahres erreicht nach den Angaben des Statistischen Amtes — einschließlich 799,1 Millionen Mark Reparationsfachlieferungen — den Betrag von 13 482,2 Millionen Mark. Ihr gegenüber steht eine Gesamteinfuhr von 13 434,6 Millionen Mark; der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr beträgt danach 47,6 Millionen Mark.

Im Vergleich mit den übrigen Jahren stellt das Ergebnis des deutschen Außenhandels im Dezember eine Verbesserung der deutschen Handelsbilanz dar. Ein Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr war nämlich seit der Stabilisierung bisher nur 1926 zu erreichen gewesen. Damals machte der Ausfuhrüberschuß — gleichfalls unter Einrechnung der Reparationsfachlieferungen — 228 Millionen Mark aus. In den übrigen Jahren ging der Wert der Einfuhr erheblich über den der Ausfuhr hinaus. 1928 überstieg die Einfuhr die Ausfuhr um 1,8 Milliarden Mark, und 1927 betrug der Einfuhrüberschuß sogar 3,4 Milliarden Mark!

Schlesiens trauriger Ruhm.

Protokoll der deutschen Minderheit beim polnischen Innenminister.

— Katowitz, 21. Januar.

Die deutschen Abgeordneten Krasceff und Komar haben dem polnischen Innenminister folgendes Schreiben überreicht:

„Unter allen Gauen Polens hat Schlesien den traurigen Ruhm, daß dort die meisten Bombenanschläge erfolgen. In den seltensten Fällen sind die Täter entdeckt worden, wenn sie Bomben gegen Angehörige der deutschen Minderheit geschleudert haben. Auch die letzten Anschläge haben unter der überschießlichen Bevölkerung größtes Mißtrauen hervorgerufen. Für die Ermittlung der Täter, die das Aufständischendental gesprengt haben, wurde eine Belohnung von 2000 Zloty seitens der polnischen Regierung ausgesetzt, und die Täter wurden auch ermittelt, dagegen sind die Täter, die tags zuvor die Bombe in die Versammlung des deutschen Frauenbundes in Gieschewald geschleudert haben, bis heute nicht ermittelt worden. Es wurde auch keine Belohnung auf ihre Ermittlung ausgesetzt, obwohl bei dieser Sprengung Menschenleben in Gefahr standen.“

Die Abgeordneten baten den Innenminister, einen Beantragten nach Oberschlesien zu entsenden, um die merkwürdigen Verhältnisse zu untersuchen. Wie jetzt verlautet, hat der polnische Innenminister eine Kreuze Untersuchung ausgesagt.

Oberschlesiens Aufgaben.

Eröffnung des obereschlesischen Provinziallandtags. Der 3. obereschlesische Provinziallandtag wurde am Dienstag, den 21. Januar, von dem Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien, Dr. Lutschke, mit einer Rede eröffnet, in der er unter anderem ausführte:

„Zunächst galt es im abgelaufenen Jahre die Auseinandersetzung mit der Provinz Niederschlesien durchzuführen, was durch das hierfür eingeleitete Schiedsgericht zu einer beide Teile im wesentlichen befriedigenden Weise geschah.“

Bei den kommunalen Finanzverhältnissen wirkt sich die Not der Zeit in verhängnisvoller Weise aus. Auch der obereschlesische Provinziallandtag und die Provinzialverwaltung werden das Gesetz äußerster Sparsamkeit zum Leitmotiv ihrer Beschlüsse zu machen haben.

Andererseits ist die Durchführung großer Projekte dringend notwendig, wie insbesondere die Hebung der Verkehrsverhältnisse durch den Ausbau der Oder zu einer leistungsfähigen Wasserstraße.

Mit den mannigfachen wirtschaftlichen Forderungen, die die Zukunft an die Provinzialverwaltung stellen, gilt es auch, die kulturellen und geistigen Bedürfnisse der Bevölkerung unserer Grenzprovinz zu pflegen. Es gilt, unter voller Berücksichtigung der obereschlesischen Eigenart ein sich mit dem Reich und Preußen eng verknüpfendes kulturelles Volkstum zu erhalten und zu fördern. Ein glückliches Vorzeichen für eine glückliche Entwicklung ist ja besonders, daß nun die dritte Zone des Rheinlandes befreit ist und die Stunde der Befreiung auch für den übrigen besetzten Teil nahegerückt ist.“

Vorbereitungen im Reichstag.

Die ersten Fraktionsitzungen. — Zusammentritt des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Nachdem nunmehr der Reichstag für Donnerstag einberufen ist, haben auch die Fraktionen des Reichstags ihre ersten Fraktionsitzungen im neuen Jahr anberaumt. Die Deutsche Volkspartei tritt am Mittwoch nachmittag zusammen. Zentrum und Wirtschaftspartei haben für Donnerstag mittag Fraktionsitzungen anberaumt. Am Mittwoch nachmittag 5 Uhr tritt der Reichstagsrat erneut zusammen, um im einzelnen den Plan für die Plenarsitzung des Reichstages festzulegen. Am heutigen Dienstag nachmittag findet im Reichstag die angekündigte gemeinsame Besprechung der Fraktionsvorstände der Sozialdemokraten, des Sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Vertreter der freien Gewerkschaften über die Frage der Arbeitslosigkeit statt.

Das Sündholzmonopol.

Einbringung des Gesetzesentwurfs im Reichstag.

Dem Reichstag ist jetzt der Entwurf eines Sündholzmonopolgesetzes zugegangen. Einleitend weist die Reichsregierung darauf hin, daß das Gesetz spätestens am 31. Januar 1930 verabschiedet werden müsse. In der Frage der Sonderbehandlung der Konsumvereine ist bekanntlich zwischen Reichsregierung und Reichsrat keine Einigung erzielt worden. Der Reichsrat hat u. a. das Kontingent für die Konsumvereine auf 19 000 Kisten beschränkt, während die Regierungsvorlage 23 000 Kisten vorsieht. Die Reichsregierung hat deshalb in dieser Frage eine Doppelvorlage dem Reichstag zugeleitet. In der Begründung weist die Regierung darauf hin, daß das Monopolgesetz gegenüber dem geltenden Rechtszustand für die Genossenschaftsfabriken eine erhebliche Einschränkung bedeute. Mit den vorgesehenen Einschränkungen erscheine die Beibehaltung einer Sonderstellung der Genossenschaftsfabriken gerechtfertigt.

Politische Rundschau.

— Der Deutschnationale Arbeiterbund hielt im Preussischen Landtag einen Bundestag ab.

— Aus Anlaß der Einweihung des neuen Gebäudes der japanischen Botschaft gab Vizepräsident Nagatsuka ein großes Abendfest.

:: Staatssekretär von Schubert beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident von Hindenburg empfing den Staatssekretär v. Schubert zum Vortrag über die Tagung des Völkerbundes und die damit im Zusammenhang stehenden Genfer Verhandlungen.

:: Konteradmiral a. D. Brünninghaus 60 Jahre alt. Am 22. Januar feiert Konteradmiral Brünninghaus seinen 60. Geburtstag. Der Reichsmarine gehörte er von 1888 bis 1916 an. Kurz vor dem Kriegsausbruch von China zurückgekehrt, kommandierte Brünninghaus während des Lagerastrafschlachts das U-Boot „König“. Seit 1920 gehört Konteradmiral a. D. Brünninghaus als Mitglied der völksparteilichen Fraktion dem Reichstag an.

:: Russischer Dank an Deutschland. Wie von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, hat nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Rußland die Sowjetregierung der deutschen Regierung für die Wahrnehmung ihrer Interessen ihren herzlichsten Dank übermittelt.

Rundschau im Auslande.

• In den letzten zwei Tagen wurden in Moskau 81 Geschäfte geschlossen. Die Inhaber wurden in das Gefängnis geworfen. Die Verhafteten sollen durch Spekulationen mit Lebensmitteln gegen das Sowjetregime gearbeitet haben.

• Das amerikanische Repräsentantenhaus bewilligte für die Aufrechterhaltung des Alkoholverbotes für das neue Finanzjahr 60 Millionen Mark.

General Jagoroff ist doch ermordet worden.

• Im polnischen Landtag erklärte der frühere Sejmarschall Trompezniski, der seit einigen Jahren juristisch verschwandene General Jagoroff sei tatsächlich auf Befehl ermordet worden. Alle Welt weiß das, nur der Staatsanwalt habe keine Ahnung davon. Redner behauptete ferner, der frühere Ministerpräsident Swiatkowski habe allen denjenigen Zwangsmaßnahmen angedroht, die über die Ermordung des Generals schreiben würden.

Deutschesindische Studentenkundgebung in Toulouse.

• In Toulouse ereignete sich auf einer deutschfreundlichen Veranstaltung einer Studenten-Vereinigung ein Zwischenfall. Als nach Eröffnung der Sitzung der Vorsitzende die deutsche Abordnung begrüßte, erhoben rechtsradikale Studenten einen ungeheuren Lärm und begannen zu pfeifen und zu schreien. Durch Deckung mitgebrachter Ammoniakflaschen suchten sie den Aufenthalt im Versammlungsraum unmöglich zu machen. Der tumultisierte Lärm noch weiter, als der deutsche Redner das Wort ergriff. Mit Hilfe der herbeigerufenen Polizei gelang es aber bald, die rechtsradikalen Studenten aus dem Saal zu entfernen.

Erweiterung der württembergischen Regierung.
— Stuttgart, 21. Januar. Der Wunsch der Deutschen Volkspartei und der Demokraten Württembergs, in die Regierung einzutreten, ist in Erfüllung gegangen. Der Führer der Stuttgarter Demokraten, Rechtsanwalt Dr. Maier, wurde zum Wirtschaftsminister ernannt. Die Volkspartei hat für Bürgermeister Rath-Lustenau einen Staatsratsposten bekommen. Im Landtag verfügt der neue Regierungsbund, dem auch Zentrum und Deutschnationale angehören, über 47 von 80 Stimmen.

Nachnahme des Rücktrittsgesuchs Tschitscherins.
— Moskau, 21. Januar. Nach Unterredung zwischen Außenkommissar Tschitscherin und dem Generalsekretär der kommunistischen Partei, Stalin, hat Tschitscherin unter dem Druck verschiedener hoher Persönlichkeiten der Sowjetunion sein Rücktrittsgesuch zurückgenommen. Tschitscherin wird vorläufig einen längeren Urlaub antreten.

Dinkelscherben vor Gericht.

Der Prozeß um die 18 Toten und 157 Verletzten, die die Eisenbahnkatastrophe vom 31. Juli 1928 forderte. Am Montag begann in Augsburg die Verhandlung wegen des Eisenbahnunglücks bei Dinkelscherben, das, wie erinnerlich, am 31. Juli 1928 18 Tote und 157 Verletzte forderte. Zu verantworten haben sich: Michael Häbler, Hilfsverkehrsleiter in Dinkelscherben, Michael Ammer, Oberwerkmeister in Augsburg, Christian Wiedenbauer, Betriebswerksvorsteher in Augsburg, Walbert Karner, technischer Reichsbahninspektor in Augsburg und Wilhelm Müller, Oberwerkmeister in Augsburg. Zu der Verhandlung sind 22 Zeugen und fünf Sachverständige geladen.

Den Angeklagten wird zur Last gelegt, das Unglück durch Fahrlässigkeit verursacht zu haben.

Häbler habe aus Unachtsamkeit und Zerstreuung eine wichtige Weichenstellung unterlassen, sowie dem Fahrdienstleiter eine unrichtige Meldung übermittelt und daraufhin den auf diesen unrichtigen Vorgängen beruhenden Befehl des Fahrdienstleiters ausgeführt.

Zudem führe der Personenzug 911 mit unermindelter Geschwindigkeit auf dem falschen Gleis in die Station ein und auf den Güterzug auf, wodurch das folgenschwere Unglück entstand.

Den übrigen Angeklagten wird vorgeworfen, daran schuld zu sein, daß die Einrichtung der Verschlusselemente eines Kurbelapparates im Weichensystem nicht in Ordnung war, bei deren richtigem Funktionieren der Zusammenstoß trotz der unrichtigen Weichenstellung nicht hätte erfolgen können.

Der neue Italiensender.

Einweihung des stärksten Senders Europas.
Durch ein Konzert, das Mascagni dirigierte, erfolgte soeben die Einweihung des neuen großen Italiensenders, der von der Radio Corporation of America 23 Kilometer südlich von Rom in Santa Palomba errichtet worden ist. Der Ort wurde gewählt, um Störungen mit den übrigen Sendern und Empfangsstationen der Hauptstadt zu vermeiden. Ueberdies befindet sich Santa Palomba in zweckmäßiger Entfernung von den Albanerbergen und liegt auch noch außerhalb der Malariazone.

Der neue Sender reiht sich an die bestehenden italienischen Stationen von Mailand, Bozen, Genua, Neapel und Turin. Weitere Sender sind für Triest und Palermo vorgesehen.

Der Sender von Santa Palomba ist zur Zeit der

gegründete Sender Europa, da er 50 Kilowatt aufweist mit einer Modulationsmöglichkeit bis zu 200 Kilowatt. Der Dinkelscherben-Sender, der bisher an erster Stelle stand, bleibt hinter dieser Stärke um ein Beträchtliches zurück.

Der neue italienische Großsender ist für mittlere Wellenlängen (441) bestimmt und ist für den Dienst innerhalb Italiens ausgerichtet. Ein zweiter Sender für kurze Wellen wird in nächster Zeit in Cecina zwischen Santa Palomba und Rom entstehen. Dieser Sender dürfte vor allem der italienischen Propaganda in den eigenen Kolonien und unter den in der Welt verstreuten Auslandsitalianern dienlich gemacht werden.

Die Christenverfolgung in Rußland.

Aufruf der altpreußischen Generalsuperintendenten an die Gemeinden.

Die 16 Generalsuperintendenten der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union erlassen den folgenden Aufruf:

Die Christenheit Rußlands steht unter schwerer Verfolgung. Die christliche Erziehung der Jugend wird gewaltsam verhindert, der Sonntag abgeschafft, die Feier der christlichen Feste zerstört, alle christliche Lebensordnung zerschlagen. Ungezählte Christen, unter ihnen mehr als tausend Geistliche, haben die Treue zu ihrem Glauben bewährt unter namenlosen Leiden, bis hinein in den Tod. Erschüttert von dem, was sich dort vor unseren Augen abspielt, rufen wir die Glieder unserer Gemeinden auf, der verfolgten Glaubensbrüder in erster Fürbitte zu gedenken, daheim und in den Gottesdiensten. Äußere Hilfe zu bringen, steht nicht in unserer Macht. Aber mit dem Gebet unserer Liebe wollen wir sie umgeben, die unsägliches erdulden.

Der Herr der Kirche, dessen sind wir gewiß, wird dies Gebet nicht unerhört lassen. Bei ihm ist der Sieg! Und das Blut der Märtyrer wird der Same der Kirche bleiben! Berlin, im Januar 1930.

Die Generalsuperintendenten der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union.
D. Zöllner, D. Dr. Dibelius, Eger, D. Gennrich, D. Händler, D. Hegner, D. Kähler, D. Rahms, D. Kalweit, D. Karow, D. Schian, D. Schöttler, D. Stolte, D. Stoltenhoff, D. Bits, D. Zanker.

Was die Leser schreiben.

Den Artikel „Der Wettlauf um ein Los“ habe ich mit größter Anteilnahme gelesen. Ich hätte manches dazu zu bemerken, will mich aber auf einen Gesichtspunkt beschränken, den der Herr Verfasser außer Acht gelassen hat. Da ich jahraus, jahrein meinen Konfirmandenunterricht und außerdem Religionsunterricht an mehreren Volksschulklassen und Fortbildungsschulklassen erteile, bin ich darauf besonders aufmerksam geworden. Ich kann es nur zu gut verstehen, daß der Zudrang zu den höheren Lehranstalten unauffällig wächst, wenn ich bedenke, wie sehr die Leistungen der Volksschule gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen sind. Der Württembergische Industrie- und Handelstag hat im Jahr 1929 zuhanden der Staatsregierung eine bedeutsame Aeußerung abgegeben, wonach die Vorkenntnisse der Lehrlinge, welche aus der Volksschule hervorgehen, gerade in den Elementarkenntnissen mangelhaft sind. In der Vorkriegszeit hatten wir noch eine Volksschule, welche gerade hierin den zu stellenden Anforderungen genügte, — um nicht mehr zu sagen! Ich habe da nicht nur genügende, sondern sogar sehr erfreuliche Leistungen feststellen können! Ich kann der Entwicklung, die das Volksschulwesen neuerdings genommen hat, nur mit tiefem Kummer zusehen. Es ist kein Wunder, wenn die Eltern irgendwie begabter Schüler sich eben sagen: „So geht es nicht weiter“.

Verschiedenes.

Der Positive Verband für Bibel u. Bekenntnis hat bei seiner Tagung in Eisenach unter einmütiger Zustimmung der Abgeordneten aus allen Gauen Deutschlands am 9. Januar folgende Rundgebung beschlossen:

Der Positive Verband für Bibel und Bekenntnis begrüßt es, daß die Frage der Beteiligung der Kirche an der Befestigung der evangelisch-theologischen Lehrstühle neuerdings wieder in den Vordergrund der öffentlichen Erörterung gerückt ist. Insbesondere begrüßt er es, daß die westfälische und ostpreussische Provinzialsynode auf ihrer letzten Tagung sich für eine Mitwirkung der Kirche bei der Berufung der Professoren der Theologie nachdrücklich eingesetzt haben. Er hält es für untragbar, wenn der religiös neutrale Staat in dieser lebenswichtigen Frage der evangelischen Kirche allein entscheidet. Er fordert, daß der Kirche eine maßgebende Mitwirkung bei der Befestigung der Lehrstühle zuerkannt wird, damit die Ausbildung der Diener am Wort auf dem Grund des Bekenntnisses geschehe.

Krawalle bei Johannesburg. In den Regierungsräumen in der Nähe von Johannesburg in Südafrika kam es zu schweren Unruhen. Bisher werden 14 Tote und eine große Anzahl Verletzte gemeldet. Die Streitigkeiten entstanden zunächst zwischen 400 Eingeborenen verschiedener Stämme der Gruben und 100 Angehörigen aus Soudan-Land. Verschiedene Verhaftungen sind vorgenommen worden. Von Neef aus sind in aller Eile starke Abteilungen britischer Polizei zur Wiederherstellung der Ordnung entsandt worden.

* In Clermont Ferrand in Frankreich wurden bei einem Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnzug und einem Lastkraftwagen 15 Personen zum Teil sehr schwer verletzt.

Bethel.

— Jeden Dienstag abend 8½ Uhr ist in Gosen **Blaukreuzstunde**.

Hierzu ist jedermann herzlich eingeladen.

Am Mittwoch, dem 22. Januar, abends 8 Uhr, veranstaltet das **Bethel-Orchester** im Altsapheim ein **Konzert**. Es werden Kompositionen von Bach, Mozart, Sündel und anderen zum Vortrag gebracht. Außerdem wird ein Gemischtes Quartett mitwirken.

Die Bethel-Gemeinde wird zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Programme sind im Vorverkauf zum Preise von 15 Pfennig im Pfortnerhaus, der Buchhandlung und der Anstaltspost zu haben. Programme an der Abendkasse kosten 25 Pfennig.

— **Mittwoch, den 22. Januar, nachmittags 1½ Uhr: Feuerwehrtübung.** Da es sich um eine Übung größeren Umfanges handelt, wird zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Brandmeister.

Christlich-sozialer Volksdienst

Generalversammlung

für den Bezirk Minden-Ravensberg und Lippe

Am Sonntag, den 26. Januar 1929, nachm. 2½ (1430) Uhr in Herford, Ev. Vereinshaus.

Alle Mitglieder werden zur Beteiligung herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

Auskunft

über Reisebestimmungen, Schiffsverbindungen und Fahrkarten nach

Canada

durch
Norddeutscher Lloyd Bremen
und seine sämtlichen Vertretungen
Ferdinand Schmidt Sohn, Bielefeld,
Brüderstraße 7.

Mutterhaus sucht

1 feingeb., bewußt a. d. Grunde d. Evang.-arbeit stehende

leit. Schwester f. Krankenhaus
mit 120 Betten. Bevorz. w. Bewerberinnen, Mitte 30, die i. d. Mutterh. eintr. Beding. Erfahrung i. sämtl. Geb. d. Kk. Pfl., Wirtsch. Führung; befähigt Schülerinnen auszubilden. Vergütig. zeitgem. Tascheng. u. Altersvers. Meldg. an die Oberin durch die Geschäftsst. des Aufwärts unter A 6028.

Auf einem 130 Morgen großen Hofe Winden-Ravensbergs wird zum Frühjahr ein junger christl. Mann als

Cleve

gesucht, bei vollem Familienan- schluß und Taschengeld. Ange- bote unter A 6069 an die Ge- schäftsstelle des „Aufwärts“.

Pflegerin,

mit la. Zeugnissen sucht Stellung zur Aushilfe oder für länger. Freundinnenheim, Bremen, Gartenweg 1.

Zum 1. April (ev. auch früher) suche ich ein nicht zu jung. kräftiges

Altenmädchen
am liebsten vom Lande.
Frau Pastor Grede, Bethel, Friedhofsweg 35.

Haustochter

gesucht von pensioniertem Offizier mit Tochter, gemeinsame Arbeit in Küche, Haus und Garten. Tochter aus entschieden christl. Hause, fröhlich und musikalisch. Offerten an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter A 6071.

Gesucht:

Stütze

ältere, ordnungsliebend, christl. ges., zur Führung der Küche eines Kinderheimes im Harz. Angen. Vertrauensstell. Eintritt baldigst. Offerten unter A 6065 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Leichten Verdienst

durch Verkauf eines ges. gesch. Haushaltungsartikels (Bert. 1.— 10.). an Private. Kenntnisse nicht erforderlich. Bei Sicherheit auf Kredit oder Provision. Lieferant und Erfinder gläubiger Handwerker. Reflektanten wollen sich melden unter A 6068 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ältere, gewandte

Stütze

welche schon in größeren Betrieben gearbeitet hat, wird zum 15. 3. oder 1. 4. gesucht. Bewerbungen mit Zeugnissen und Bild sind einzu- senden an die Verwaltung.

Gleichzeitig wird ein kräftiges

Küchenmädchen

gesucht. Erholungsheim Mar- garethenhof, Hasserode-Wer- nigerode a. Harz, Papental 10.



Geschwistern empfehle ich meine hochfeine

Schleswig-Holsteinische Meiereifabrik

Thomas Henningsen, Butterversandhaus, Schörrup, Süderbrarup, Kr. Schleswig Land.

tägl. morgens frisch hergestellt. Versand in 9,6 und 5 Pfunds- Postpaketen gegen Nachnahme.

Wer leiht kleinem selbständigen Handwerker (Bedachungsgeschäft) **300.00 Mk.** bis 1. 6. 1930. Die Summe ist geb. durch eigene Forderungen die ich augenblickl. nicht hereinbe- kommen kann. Brauche den Betrag aber diesen Monat zur Deckung eigener Verbindlichkeiten. Der Herr möge dem danken, der mir da helfen kann. **Martin Kamin,** Bedachungsgeschäft, Buchwald i. B., Post Bültefeld i. B.

Stellengesuche u. Angebote haben im „Aufwärts“ großen Erfolg.

Korbwaren

Sessel und Körbe in Weide und Peddigrohr



Rein
Aluminium-
Geschirre

Töpfe, Kaffee-
kannen usw.

Liefert in allen Ausführungen

Tiberias-Werke
der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Preisliste wird auf Wunsch geliefert.

Gemüse-, Feld- u. Blumenamen

Anofigewächse: Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumkulturarbeiten: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen.
Nadelbölzer. — Blütenkulturen usw.

Gärtnerei und Samenhandlung
der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Ausführliche Preislisten senden wir gern auf Wunsch zu.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. F. Guttel, Angelegen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifach 23. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.